

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Holger Ortel, Sören Bartol,
Dr. Herta Däubler-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Cornelia Behm, Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck
(Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/5587 –**

Die Situation der Fischerei durch nachhaltige Bewirtschaftung verbessern

A. Problem

Die Fischbestände verringern sich weltweit. Dies wird einerseits durch die hohen Nährstoff- und Schadstoffeinträge, andererseits durch Überfischung der Bestände verursacht. Der Wettbewerb um die verbliebenen Bestände führt zu einem weiteren Rückgang der Laicherbestände. So haben sich die Laicherbestände von Dorsch und Kabeljau seit Anfang der 80er-Jahre bis heute um rund 90 Prozent verringert. Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der Fangmenge als Discards wieder zurück ins Meer geworfen wird, denn Jungfische und Nichtzielarten werden mitgefischt, weil die Fanggeräte zu wenig selektiv sind. Weitere Probleme bestehen in den illegalen Fischanlandungen, die zu wenig kontrolliert werden.

Zudem sind die Fangflotten weltweit und in der EU zu groß und stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu den Fischbeständen.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine Reihe von Maßnahmen für eine Verbesserung des Zustandes der Fischbestände einzusetzen.

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der
CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/5587 – anzunehmen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Holger Ortel
Berichtersteller

Gitta Connemann
Berichterstatlerin

Cornelia Behm
Berichterstatlerin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Holger Ortel, Gitta Connemann, Cornelia Behm und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 178. Sitzung am 2. Juni 2005 den Antrag auf Drucksache 15/5587 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Durch Überfischung und übermäßige Schadstoffeinträge haben sich weltweit die Fischbestände verringert. Der Wettbewerb um die verbliebenen Bestände führt zu einem weiteren Rückgang. Auch die Fangmethoden tragen dazu bei, die Bestände weiter zu reduzieren. Mit engmaschigen Netzen werden auch zu kleine Fische gefangen, die wieder ins Meer zurückgeworfen werden. Grundschnepnetze zerstören den Meeresboden und die dort siedelnden Kleinlebewesen. 50 Prozent der Biomasse werden von Industriefischern zu Fischöl und -mehl verarbeitet. In Nord- und Ostsee sind einige Fischarten in den letzten zwanzig Jahren um 90 Prozent zurückgegangen.

Die Bundesregierung wird deshalb im Sinne einer nachhaltigen Fischereipolitik unter anderem aufgefordert, von dem Fischereirat der EU die jährlichen Fangmengen nach dem Vorsorgeprinzip festlegen zu lassen, sich in der EU für Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände, unter anderem durch eine Verminderung der Beifänge einzusetzen, und sich dafür zu verwenden, Schutzzonen einzurichten und die Schonzeiten für den Fisch auszuweiten.

Weiter soll die Bundesregierung bei der EU darauf hinwirken, die Kapazitäten der EU-Fischereiflotte zu vermindern und für die deutsche Fischereiflotte verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen sowie die Industriefischerei zu verbieten. In Aquakulturen sollen Fische umweltverträglich und verbrauchergerecht aufgezogen werden. Eine Anpassung der Förderpolitik für die Fischerei soll dieser ein weiteres wirtschaftliches Handlungsfeld eröffnen. Im Bereich des Meeres- und Umweltschutzes soll die Bundesregierung unter anderem weiter auf Maßnahmen zum Schutz vor Umweltkatastrophen durch Havarien und auf eine Reform des Düngemittelrechts hinwirken.

Im Einzelnen wird auf die in der Vorlage aufgeführten Positionen verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und der Ausschuss für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben jeweils in ihren Sitzungen am 15. Juni 2004 den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen. Der Aus-

schuss für Tourismus empfiehlt ebenfalls die Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

In seiner 73. Sitzung am 15. Juni 2005 hat der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft die Vorlage abschließend beraten.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonten, die vorgeschlagenen Maßnahmen seien notwendig, um die dramatisch zurückgegangenen Fischbestände in Nord- und Ostsee zu sichern bzw. wieder aufzubauen. Es gebe keine Alternative zum Rückbau der internationalen Flottenkapazität und dem Verbot der umwelt- und den Fischbestand schädigenden Industriefischerei. Deutschland habe im Übrigen die Rückbauauflagen bereits erfüllt. Der Ausbau von Schutzzonen für Plattfische sei notwendig und werde auch von den deutschen Fischern befürwortet. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Anpassung der Förderpolitik für die Fischerei böten die Möglichkeit, das Einkommen der Fischer zu sichern und ihnen den Aufbau eines zweiten wirtschaftlichen Sektors zu ermöglichen. Auch der nachgelagerte Bereich sei durch geeignete Maßnahmen zu fördern.

Die vorgeschlagenen Umweltschutzmaßnahmen seien notwendig, um den Fischbestand und die Meeresfauna zu sichern. Ohne flankierende Maßnahmen zur Förderung der Nachhaltigkeit sei die Ressource Fisch nicht zu schützen. Die Kontrollen in der EU gegen illegale Fischerei seien auszuweiten.

Die Fraktion der CDU/CSU vermisste im Antrag der Koalition eine detaillierte Bestandsaufnahme sowie Informationen zur Abwehr fremder Großfischereien in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb werde dem Antrag der Koalition nicht zugestimmt. Man spreche sich für die Erhaltung von Plattfischzonen aus; die Vorverlegung des Sommeranfangs für den Dorsch sei jedoch nachteilig für die Fischerei. Positiv habe sich die Reduzierung von Stickstoffeinträgen für die Fischerei ausgewirkt. Die Zahl der Öltransporte in der Ostsee werde vermutlich drastisch ansteigen, woraus sich eine weitere Gefahr für die Fischerei ergeben könne. Zudem werde die Fischerei durch eine überbordende Bürokratie behindert.

Die Fraktion der FDP erklärte, das Ziel, die Fischbestände zu erhalten, werde begrüßt. Der Zusammenhang von Fischerei und der Attraktivität der Küsten müsse stärker betont werden. Es werde bedauert, dass in dem Antrag nicht auf die Binnenfischerei eingegangen worden sei. Auch die Notwendigkeit der Fischereiforschung habe im Antrag der Koalition nicht den notwendigen Stellenwert. Insgesamt fordere man eine Priorität für die Arbeitsplätze im Fischereisektor unter Berücksichtigung der notwendigen Umweltbedingungen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Antrag auf Drucksache 15/5587 zuzustimmen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Holger Ortel
Berichtersteller

Gitta Connemann
Berichtersterin

Cornelia Behm
Berichtersterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichtersterin